



**Christiane Bainski MdL**

Vorsitzende  
des Ausschusses  
für Migrationsangelegenheiten

**LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN**

Landtag Nordrhein-Westfalen Postfach 10 11 43 40002 Düsseldorf.

An den  
Vorsitzenden des Ausschusses  
für Innere Verwaltung  
Herrn Dr. Jörg Twenhöven MdL

im Hause

Telefonzentrale: (02 11) 88 4 - 0  
Durchwahl: 27 49/24 85

Düsseldorf.

24. 11. 1995



**Betr.:** Gesetz zur Einführung des Kommunalwahlrechts für Unionsbürger  
Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 12/175

**Bezug:** 4. Sitzung des Ausschusses für Migrationsangelegenheiten vom  
23. November 1995

Sehr geehrter Herr Dr. Twenhöven,

der Landtag hat den Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 12/175 - federführend an den Ausschuß für Innere Verwaltung und zur Mitberatung an den Ausschuß für Migrationsangelegenheiten überwiesen.

In der vorgenannten Sitzung hat der Ausschuß für Migrationsangelegenheiten den Gesetzentwurf beraten und unverändert einstimmig angenommen.

Während der Diskussion äußerte die CDU-Fraktion, sie halte es für sinnvoll, daß insbesondere eine Gleichbehandlung zwischen deutschen Staatsbürgern und EU-Bürgern hinsichtlich der Frage von Bürgermeister, Oberbürgermeistern und Landräten erfolge. Sie sieht weiterhin Beratungsbedarf bezüglich der Wahlberechtigung von EU-Ausländern, denen im Heimatland das aktive oder passive Wahlrecht bzw. beide Wahlrechte ab-erkannt worden sind. Die CDU-Fraktion beabsichtigt, dazu in der abschließenden Beratung im Plenum einen Vorschlag zu machen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßt die Bemühungen der Landesregierung, das kommunale Wahlrecht für weitere Migrantinnen und Migranten, die nicht EU-Bürger sind, einzuführen. Sie bittet die Landesregierung, dies in eine Bundesinitiative einzuzießen.

Die SPD-Fraktion ist der Auffassung, daß der vorliegende Gesetzentwurf nur ein erster - von Nordrhein-Westfalen ausgeschöpfter - Schritt sein kann, die rechtlichen Möglichkeiten für Migrantinnen und Migranten umzusetzen. Sie hält es darüber hinaus für wichtig, weitere rechtliche Möglichkeiten für länger hier lebende Migrantinnen und Migranten zu schaffen. Die angekündigte Bundesratsinitiative und weitere Aktivitäten in dieser Richtung seien wichtig.

Ich bitte Sie, sehr geehrter Herr Kollege, dieses Beratungsergebnis Ihren Ausschußmitgliedern bekanntzugeben.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre

*Christiane Bainski*

(Christiane Bainski)